

Wahlprüfsteine des Seniorenrates zur Kommunalwahl 2020

zum Thema: **Ältere Menschen in Bielefeld**

1. Frage:

Was wollen Sie tun, um die Information über die Lebenslagen älterer Menschen in unserer Stadt dauerhaft zu verbessern?

Grundlagen:

- Es gibt eine deutliche Zunahme der Bevölkerung über 65 Jahr mit steigender Zahl der Hochaltrigen (80 Jahre +)
- Von „dem Alter“ kann nicht mehr geredet werden, denn es gibt auch in dieser Gruppe immer mehr Individualisierungsprozesse und deutliche Unterschiede hinsichtlich der Bildung, der sozialen Lage und der ethnischen Herkunft

Notwendig ist:

- Wünsche, Bedürfnisse und Bedarfe der älteren Menschen besser zu erfassen, speziell für ältere Menschen mit Migrationshintergrund
- Kommunale Statistiken zu spreizen: Einführung von den Altersgruppen „60 – 75/80 Jahre“ und „75/80 Jahre und älter“, statt wie bisher „65 Jahre und älter“ (das ist nicht mehr aussagefähig)

2. Frage:

Sind Sie bereit, die sozialraumorientierte Quartierssozialarbeit in unserer Stadt deutlich auszubauen und sich insbesondere für die zurzeit schwer bis gar nicht erreichbaren Gruppen (Personen mit Migrationshintergrund, Menschen mit niedrigem Bildungsniveau und in prekären Lebenslagen) zu engagieren?

Grundlagen:

- Übergreifendes Kennzeichen der Altersphase ist der Wegfall von beruflichen und sozialen Netzen und damit der Wegfall der Bedeutung für andere

Notwendig ist:

- Förderung von Engagementmöglichkeiten für ältere Menschen
- Schaffung von mehr Anlaufstellen und Begegnungsmöglichkeiten im Wohnumfeld mit der Öffnung für andere Generationen
- Deutlicher Ausbau der sozialraumorientierten Quartierssozialarbeit
- Entwicklung neuer Formen der Beteiligung, Partizipation und von Bürgerforen
- Besonderes Engagement für zurzeit schwer erreichbare Gruppen (z.B. für ältere Menschen mit Migrationshintergrund, die muttersprachliche zugehende Ansprache benötigen und Menschen mit niedrigem Bildungsniveau)

3. Frage:

Wie wollen Sie die Informationslage zur Altersmut in unserer Stadt verbessern und welche Schritte wollen Sie unternehmen, um die Dunkelziffer bei der Nicht-Beantragung von Grundsicherung im Alter zu reduzieren?

Grundlagen

- Die Zahl der Personen, die Grundsicherung im Alter bekommen, wächst kontinuierlich. Die Dunkelziffer wird hier von allen Fachleuten als sehr hoch eingeschätzt.

Notwendig ist

- Informationsbasis verbreitern, tatsächliche Situation erheben und Veränderungsbedarfe zur Verringerung derselben ermitteln, u.a. neue Formen zugehender Hilfe und Beratung im Quartier entwickeln, z.B. durch die Qualifizierung von ehrenamtliche ExpertInnen für die Stellung von Grundsicherungsanträgen

4. Frage:

Was wollen Sie anstoßen, damit das Thema „Einsamkeit im Alter“ für unsere Stadt in Zukunft besser bearbeitet werden kann?

Grundlagen:

- Nach allen bekannten Untersuchungen ist Einsamkeit ein wachsendes Phänomen in der Gesellschaft, auch und gerade in der Gruppe der älteren Menschen

Notwendig ist:

- Erhebung der Situation in Bezirken und Quartieren, um die Bedarfslagen unterschiedlicher Personengruppen zu erfassen
- Auf dieser Grundlage Konzepte zur Verbesserung der Situation zu entwickeln und individuelle Hilfeleistungen zu planen
- Aufklärung über die Problematik und Schulungen bei professionellen Hilfeleistern zur frühzeitigen Erkennung der Situation

5. Frage:

Welche Schritte wollen Sie unternehmen, um die gesundheitliche Situation vor allem älterer Menschen in unserer Stadt in Zukunft zu verbessern?

Grundlagen:

- Die hausärztliche Versorgungssituation in einzelnen Bezirken und Quartieren ist nicht ausreichend
- Das Angebot an wohnortnahen Pflegeplätzen ist nicht ausreichend
- Die Pflegeberatung erreicht nur selten die Menschen, die erfahrungsgemäß Beratungsstellen wenig in Anspruch nehmen
- Die Beratung von Angehörigen von dementiell Erkrankten ist nicht ausreichend, zudem fehlen differenzierte, wohnortnahe Angebote

Notwendig ist:

- Initiativen der Stadt (Verwaltung und Politik) zur Verbesserung der Hausarztichte – z.B. auch mit finanzieller Unterstützung
- Bessere Versorgung mit Pflegeplätzen durch die Unterstützung des Baus neuer Einrichtungen, auch durch das Bereitstellen von notwendigen Bauflächen
- Aufbau einer wohnortnahen wöchentlichen Demenzberatung (z.B. in vier bis sechs Begegnungszentren verteilt über das Stadtgebiet)
- Konzepte zur Verbesserung der Betreuungssituation von älteren, alleinlebenden Personen bei Krankenhausaufenthalten zu entwickeln (ggf. als neuen Teilbereich der „Initiative Nachbarschaft“)

6. Frage:

Sind Sie bereit, die Bedarfslage älterer Menschen bei Mobilitätskonzepten zukünftig noch mehr zu berücksichtigen und deren Mitwirkung bei der Entwicklung derartiger Konzepte sicherzustellen? Auf welche Weise soll dies ermöglicht werden?

Grundlagen:

- Die Notwendigkeit und Möglichkeit sich in der Stadt zufriedenstellend zu bewegen ist vor allem für ältere Menschen schon häufig wegen einer eingeschränkten Mobilität von großer Bedeutung.

Notwendig ist:

- Bei allen neu zu entwickelnden Mobilitätskonzepten sind die Situation älterer Menschen und deren Bedürfnisse früher und besser zu berücksichtigen, d.h. immer schon zu Beginn von Überlegungen muss man diesen Personenkreis „mitdenken“

7. Frage:

Was wollen Sie unternehmen, um die Wohnsituation älterer Menschen in unserer Stadt in Zukunft zu verbessern?

Grundlagen:

- Es gibt in Bielefeld einen Mangel an altersgerechtem und preiswertem Wohnraum mit ausreichender Anbindung an Angeboten des täglichen Lebens und nachbarschaftlichem Kontakt;

Notwendig ist:

- Verstärkt Wohnungen für ältere, alleinlebende Personen mit geringen finanziellen Möglichkeiten zu entwickeln und anzubieten, vor allem in Innenstadtlagen
- Umzugshilfen bei Verkleinerungsüberlegungen anzubieten
- Schaffung neuer Wohnformen für flexibles, generationsübergreifendes Wohnen
- Förderung gemeinwohlorientierter Wohnprojekte für ältere Menschen
- Unterstützung bei Projekten der „Sorgenden Gemeinschaft“

8. Frage

Sind Sie bereit, in der kommenden Legislaturperiode für die Innenstadt, für die Stadtbezirke und die Endstationen der Straßenbahnen und Busse (als Umsteigepunkte für den ÖPNV) ein schlüssiges Konzept für die Errichtung öffentlicher Toiletten zu erstellen?

Grundlagen:

- Öffentliche Toiletten sind (~~ein elementares Bedürfnis~~) ein menschliches Grundbedürfnis nicht nur für ältere Menschen sondern für die gesamte Stadtbevölkerung, Pendler, Tagesgäste und Touristen. Die Großstadt Bielefeld als Oberzentrum und Regiopol muss eine umfassende Infrastruktur für dieses Grundbedürfnis zwingend entwickeln und vorhalten. Die „Nette Toilette“ ist hierfür keineswegs ausreichend.

9. Frage: Welche bestehenden Beschlüsse zur „Verkehrswende“ bzw. „Mobilitätsstrategie“ würden Sie oder Ihre Partei modifizieren?

Grundlage:

Der Deutschen Städtetag fordert für die Kommunen eine nachhaltige Entwicklung auf allen Ebenen. Hierzu gehört unter anderem eine gleichberechtigte Teilhabe aller Verkehrsteilnehmer.

Notwendig ist:

- ° für Senioren eine Verbesserung der Nahmobilität und des ÖPNV zu erreichen.
- ° eine attraktive Tarifgestaltung im ÖPNV.
- ° kein Wegfall des Premium-60plus-Abo.
- ° bei einer freiwilligen Führerscheinabgabe eine Prämierung mittels einer zeitlich begrenzten Kostenfreiheit im ÖPNV.

10. Frage: Welche Möglichkeiten sehen Sie oder Ihre Partei für eine stärkere Einbindung des Seniorenrates in der Umsetzung von Zielen der „Daseinsvorsorge“

Grundlage:

Von ca. 340.000 Einwohnern Bielefelds sind ungefähr 25% über sechzig Jahre alt.

Notwendig ist:

- ° Vornahme aller Aspekte der Daseinsvorsorge des täglichen Lebens für diesen Bevölkerungskreis unter Berücksichtigung berechtigter Interessen.
- ° Verbesserte Mitwirkung bei der Entwicklung/Erarbeitung von Konzepten z.B. Digitalisierung der Verwaltung, Konzepten des Klimaschutzes etc.

11. Frage: Was tun Sie oder Ihre Partei auf kommunaler Ebene, damit eine bedürfnisorientierte Versorgung der Pflegebedürftigen gewährleistet wird?

Grundlage:

Pflegebedürftigkeit im Alter ist einer der Bereiche, dem viele Menschen mit Sorge, bezogen auf Lebensqualität, Selbstbestimmung und Lebensstandard entgegen sehen.

12. Frage: Was wollen Sie oder Ihre Partei tun, um dauerhaft die Wertschätzung von pflegerischen Berufen in der Gesellschaft zu fördern?

Grundlage:

Der Mangel an motivierten, geeigneten, qualifizierten Pflegefachkräften hat u.a. seine Ursache in der geringen Wertschätzung bzw. Anerkennung.

13. Frage: Welche Maßnahmen wollen Sie oder Ihre Partei veranlassen, um zukünftig bei einer Pandemie/Epidemie ausreichende Vorkehrungen getroffen sind?

Grundlage:

Während der Corona-Pandemie stellte sich heraus, dass die Alten- und Pflegeeinrichtungen sehr ungenügend mit Schutzkleidung jeglicher Art ausgestattet waren, was unseres Erachtens zu einem verschärften und häufig unangemessenem Kontaktverbot geführt hat.



Wahlprüfsteine des Seniorenrates zur Kommunalwahl 2020

zum Thema: Ältere Menschen in Bielefeld

1. Frage:

Was wollen sie tun, um die Informationen über die Lebenslagen älterer Menschen in unserer Stadt dauerhaft zu verbessern?

Die Sozialpolitik der CDU will ermöglichen, dass jeder Mensch nach seinen individuellen Fähigkeiten am gesellschaftlichen Leben in Bielefeld teilhaben kann. Ist Hilfe notwendig, sollen „Profis“ und Ehrenamtliche angemessene Angebote unterbreiten. Die Veränderung im Altersaufbau der Bevölkerung erfordert eine aktive Seniorenpolitik, damit die Bedürfnisse und Bedarfe der älteren Menschen besser erfasst werden.

2. Frage:

Sind Sie bereit, die sozialraumorientierte Quartierssozialarbeit in unserer Stadt deutlich auszubauen und sich insbesondere für die zurzeit schwer bis gar nicht erreichbaren Gruppen (Personen mit Migrationshintergrund, Menschen mit niedrigem Bildungsniveau und in prekären Lebenslagen) zu engagieren?

Für die CDU Bielefeld ist es wichtig, die Quartiersarbeit vor Ort zu stärken. Daher gilt es Angebote für Senioren und Seniorinnen auszubauen, aber auch für Menschen mit Migrationshintergrund oder einem niedrigeren Bildungsniveau etc.. Treffs in Stadtteilen bei Kaffee und Kuchen, gemeinsame „Bastelrunden“, Sprachkurse werden zum Teil heute schon in den Stadtteilquartieren angeboten und bieten bereits jetzt eine gute Möglichkeit, mit anderen Menschen in Kontakt zu kommen. Dies gilt es weiter zu fördern und bedarfsgerecht an die Bedürfnisse der Gesellschaft anzupassen. Für die Quartiersarbeit spielen auch die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen eine Rolle. Die Kommunikation mit den Sozialverbänden, Trägern und Vereinen ist kein Selbstzweck, sondern erwächst aus unserer Grundüberzeugung der Subsidiarität. Auch in Zukunft wollen wir freien, effektiven arbeitenden Trägern mehr Verantwortung übertragen. Die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen schaffen für die betroffenen Vertragspartner Planungssicherheit.

3. Frage:

Wie wollen Sie die Informationslage zur Altersarmut in unserer Stadt verbessern und welche Schritte wollen Sie unternehmen, um die Dunkelziffer bei der Nicht-Beantragung von Grundsicherung im Alter zu reduzieren?

Auch die Altersarmut rückt immer stärker in den Fokus. Hier sind Aufklärung und direkte Kommunikation sehr wichtig. Dies sollte vermehrt durch Informationsveranstaltungen passieren, an denen Senioren und Seniorinnen teilnehmen können. Zudem sollten kurze Flyer/ Informationsblätter zur Verfügung gestellt werden mit den wichtigsten Tipps zur Beantragung von Grundsicherung im Alter. Die Bundesregierung ist hier auch in der Verantwortung, und nimmt eine wichtige Rolle ein.

4. Frage:

Was wollen Sie anstoßen, damit das Thema „Einsamkeit im Alter“ für unsere Stadt in Zukunft besser bearbeitet werden kann?

Die Veränderung im Altersaufbau der Bevölkerung erfordern eine aktive Seniorenpolitik. Die über 60jährigen Bürgerinnen und Bürger machen einen Großteil der Bevölkerung Bielefelds aus. Aktives Altern und soziale Teilhabe im Alter haben für uns hohe Bedeutung. Der Bielefelder CDU ist es wichtig, Senioren- und bedarfsgerechte Wohnkonzepte, die nicht stationär sind, zu stärken. Dazu gehören u. a.:

- Seniorenwohngruppen
- Wohngemeinschaften und Wohnkonzepte in Altersheimen (Wohnkonzepte im Altersheim mit Studenten zusammen – gegenseitiges Partizipieren der unterschiedlichen Generationen)
- Mehrgenerationenwohnen

5. Frage:

Welche Schritte wollen Sie unternehmen, um die gesundheitliche Situation vor allem älterer Menschen in unserer Stadt in Zukunft zu verbessern?

Die Bielefelder CDU hat gegen den Widerstand von SPD und Grünen für eine medizinische Fakultät gekämpft und diese auch umgesetzt. Um eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung in Bielefeld und der Region auch zukünftig sicherstellen zu können, brauchen wir genügend Ärztinnen und Ärzte, die als Allgemeinmediziner oder Fachärzte in niedergelassenen Praxen oder Kliniken tätig werden. Jedes Jahr verliert die Region OWL Ärzte, die altersbedingt ausscheiden und ersetzt werden müssen. Schon jetzt werden Praxen mangels geeigneter Nachfolger geschlossen und in vielen Stadtbezirken herrscht ein Ärztemangel, dem es entgegenzuwirken gilt. Deswegen ist in Bielefeld mit der Medizinischen Fakultät ein wichtiger Schritt unternommen worden, um hier vor Ort jedes Jahr bis zu 300 zusätzliche Mediziner auszubilden, die in den Kliniken der Region ihre Ausbildung erhalten und sich letztlich möglicherweise auch hier niederlassen. Daneben wird auch mit dem vernetzten Ausbau der medizinischen Forschung, insbesondere im Bereich der Allgemeinmedizin, ein weiterer Beitrag zur Schaffung der Gesundheitsregion OWL geleistet. Da die Ausbildung der Mediziner ca. zehn Jahre dauert, muss sich auch die Stadt Bielefeld bereits jetzt schon um die Anwerbung von Ärzten aktiv bemühen. So sind z. B. neue Ärzte beim Aufbau oder der Übernahme einer Praxis administrativ zu unterstützen. Ferner ist auch Hilfe bei der Wohnungssuche, von Kindergarten- und Ausbildungsplätzen oder im Rahmen der Studienförderung zu gewähren. Zudem setzt sich die CDU Bielefeld für Medizinische Versorgungszentren in unterversorgten Gebieten ein.

6. Frage:

Sind Sie bereit, die Bedarfslage älterer Menschen bei Mobilitätskonzepten zukünftig noch mehr zu berücksichtigen und deren Mitwirkung bei der Entwicklung derartiger Konzepte sicherzustellen? Auf welche Weise soll dies ermöglicht werden?

Das Ziel der Bielefelder CDU ist die „mobile Stadt“. Es geht zukünftig um die Frage, wie man intelligent von A nach B kommt. Bei multimodaler Mobilität kann das Mittel zur Fortbewegung das Auto, das öffentliche Nahverkehrsmittel, das Fahrrad, ein On-Demand- oder free-floating-Angebot sowie auch die Kombination aus mehreren Verkehrsmitteln sein. Zum Klimaschutz trägt die Verkehrswende mit der Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs und mit dem Umstieg auf das Fahrrad oder der Digitalisierung maßgeblich bei und entlastet so den angespannten Verkehr auf unseren Straßen. Der CDU Bielefeld geht es um einen Interessensausgleich aller

Verkehrsteilnehmer, ohne den einen gegen den anderen auszuspielen. Die Mobilität von allen Verkehrsteilnehmern muss in der Entwicklung von Mobilitätskonzepten mitgedacht werden. Bei allen Überlegungen zur Aufteilung des Modal-Split sind grundsätzlich zukünftige Verkehrsträger mitzudenken. Neue modulare Systeme sind von der Infrastruktur her mitzudenken. Neue Antriebsformen und -arten, auch vor dem Hintergrund einer optimalen digitalen Vernetzung sind zu beachten. Bei der Erarbeitung eines gesamtstädtischen Verkehrskonzeptes sind alle Verkehrsteilnehmer zu berücksichtigen.

7. Frage:

Was wollen Sie unternehmen, um die Wohnsituation älterer Menschen in unserer Stadt in Zukunft zu verbessern?

In unserer stetig wachsenden Stadt fehlen Wohnungen. Besonders bezahlbare Wohnungen für Senioren, Familien mit Kindern oder Alleinerziehende. Die städtische Wohnungsbaugesellschaft BGW wird jährlich mit 100 öffentlich geförderten Wohnungen ihren Beitrag leisten. Den Wohnungsmangel werden wir durch die Ausweisung neuer Bauflächen verringern. Wir wollen jährlich mindestens 2.000 Wohnungsbaugenehmigungen vergeben, sowie durch Nachverdichtung und Aufstockung bestehender Häuser die Wohnungsnachfrage mindern. Dafür werden Bauflächen gebraucht, die durch Eigentümer-Ansprache bei unbebauten Flächen aktiviert werden sollen. Die Bielefelder Baulandstrategie als Instrument städtischer Planwirtschaft lehnen wir ab. Daneben wollen wir aus politischen Gründen verhinderte Baugebiete, wie z.B. Brake West, schnell einer Bebauung zuführen. Die freigemachten Kasernengelände der Briten sind ebenfalls Wohnungsbaupotentiale, die wir nutzen wollen.

8. Frage:

Sind Sie bereit, in der kommenden Legislaturperiode für die Innenstadt, für die Stadtbezirke und die Endstationen der Straßenbahnen und Busse (als Umsteigepunkte für den ÖPNV) ein schlüssiges Konzept für die Errichtung öffentlicher Toiletten zu erstellen?

Ja. Wir haben in der Vergangenheit öffentliche Toiletten gefordert und werden uns weiterhin dafür einsetzen.

9. Frage:

Welche bestehenden Beschlüsse zur „Verkehrswende“ bzw. „Mobilitätsstrategie“ würden Sie oder Ihre Partei modifizieren?

Bielefeld als Oberzentrum von OWL braucht eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur sowie ein Gesamtverkehrskonzept, welches sowohl ökologische, wirtschaftliche und soziale Aspekte bündelt, sowie dabei auch zukunftsgerichtet auf neue digitale Verkehrsmittel setzt. Konkrete ideologische Vorgaben lehnen wir ab. Eine sektorale Betrachtung der einzelnen Verkehrsteilnehmer lehnen wir ab.

10. Frage:

Welche Möglichkeiten sehen Sie oder Ihre Partei für eine stärkere Einbindung des Seniorenrates in der Umsetzung von Zielen in der „Daseinsvorsorge“?

Dies können die Kommunen nur in Abstimmung mit dem Bund und Land erarbeiten und umsetzen.

11. Frage:

Was tun Sie oder Ihre Partei auf kommunaler Ebene, damit eine bedürfnisorientierte Versorgung der Pflegebedürftigen gewährleistet wird?

Angehörige von pflegebedürftigen Senioren und Seniorinnen müssen durch Angebote von Tages- und Kurzzeitpflege entlastet werden und die Quartiersarbeit vor Ort gestärkt werden. Größeres Angebot von Tages- und Kurzzeitpflegeplätzen sind notwendig und die Stärkung der Quartiersarbeit vor Ort.

12. Frage:

Was wollen Sie oder Ihre Partei tun, um dauerhaft die Wertschätzung von pflegerischen Berufen in der Gesellschaft zu fördern?

Die Ausbildung der Pflege in Bielefeld muss weiterhin gewährleistet, gefördert und ausgebaut werden. Der CDU Bielefeld ist es wichtig, jedwede pflegerische Versorgung für alle pflegebedürftigen Menschen zu gewährleisten.

13. Frage:

Welche Maßnahmen wollen Sie oder Ihre Partei veranlassen, damit zukünftig bei einer Pandemie/Epidemie ausreichende Vorkehrungen getroffen sind?

Die Corona Krise hat gezeigt, dass das Gesundheitsamt besser auf die neuen Aufgaben vorbereitet werden muss durch die Aufstockung von Personal- und Sachmitteln. Insoweit hat das Gesundheitsamt schneller und effizienter auf Infektionen jeglicher Art zu reagieren, um die Bielefelder Bevölkerung besser zu schützen.

Wahlprüfsteine Seniorenrat

Antworten der SPD Bielefeld

- 1. Was wollen Sie tun, um die Informationen über die Lebenslagen älterer Menschen in unserer Stadt dauerhaft zu verbessern?**

Antwort: Wir haben in Bielefeld mit dem Lebenslagenbericht und dem Altenbericht eine gute Informationsbasis über die Lebenslagen älterer Menschen in unserer Stadt. Zugleich haben wir im Jahr 2018 begonnen, den Arbeitsprozess „Alter(n) gestalten“ zu initiieren. Dort werden unter Mithilfe von freien Trägern, Expert*innen der Stadtverwaltung und weiteren Akteur*innen Maßnahmen für Themen wie Pflege, Wohnen oder Ehrenamt gemeinsam entwickelt, um älteren Menschen nach ihren jeweiligen Bedürfnissen und Lebenslagen Angebote machen zu können. Diesen Prozess wollen wir fortsetzen und möglichst viele Maßnahmen in den nächsten Jahren umsetzen.

- 2. Sind Sie bereit, die sozialraumorientierte Quartierssozialarbeit in unserer Stadt deutlich auszubauen und sich insbesondere für die zurzeit schwer bis gar nicht erreichbaren Gruppen (Personen mit Migrationshintergrund, Menschen mit niedrigem Bildungsniveau und in prekären Lebenslagen) zu engagieren?**

Antwort: Für die SPD Bielefeld ist die Quartiersarbeit seit Jahren Kern unserer kommunalen Sozialpolitik. Daher werden wir uns auch weiterhin für einen Ausbau der Quartierssozialarbeit einsetzen. Mit den neuen Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen, die mit Beginn des Jahres in Kraft getreten sind, haben wir erste wichtige Schritte hin zu mehr Quartierssozialarbeit gemacht. Wir werden die Quartiere auch in den kommenden Jahren zum Schwerpunkt unserer Sozialpolitik machen und entsprechenden Entscheidungen treffen. Gerade mit Blick auf die Integration haben wir hier in den vergangenen Jahren gute Fortschritte gemacht.

- 3. Wie wollen Sie die Informationslage zur Altersarmut in unserer Stadt verbessern und welche Schritte wollen Sie unternehmen, um die Dunkelziffer bei Nicht-Beantragung von Grundsicherung im Alter zu reduzieren?**

Antwort: Altersarmut entgegen zu wirken ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Hier sind Bund, Land und Kommunen je nach ihrer Zuständigkeit gefragt. In Bielefeld brauchen wir eine Verbesserung der Informationswege, sodass Senior*innen gut informiert sind, welche Möglichkeiten ihnen zustehen in Bezug auf finanzielle, pflegerische und psychosoziale Belange. Dies beinhaltet Hauswurfsendungen, Info-Material über verschiedene Beratungsstellen und auch Werbung über das Internet.

- 4. Was wollen Sie anstoßen, damit das Thema „Einsamkeit im Alter“ für unsere Stadt in Zukunft besser bearbeitet werden kann?**

Antwort: Für die SPD Bielefeld ist eine aktive und sorgende Nachbarschaft das beste Mittel gegen Einsamkeit im Alter. Wir wollen auch in den nächsten Jahren dafür sorgen, dass wir unsere Quartiere mit weiteren sozialen Angeboten stärken. Ein wichtiger Aspekt wird dabei auch eine Stärkung des ehrenamtlichen Engagements sein. Zugleich wollen wir auch verstärkt auf eine aufsuchende Sozialarbeit setzen.

5. Welche Schritte wollen Sie unternehmen, um die gesundheitliche Situation vor allem älterer Menschen in unserer Stadt in Zukunft zu verbessern?

Antwort: Unser Ziel ist auch weiterhin eine flächendeckend gute Versorgung mit Ärzt*innen in allen Stadtbezirken. Wir werden uns daher für weitere Medizinische Versorgungszentren und Gemeinschaftspraxen stark machen und diese bei Bedarf auch mit Bürgschaften unterstützen. Eine große Chance bietet auch die neue Medizinische Fakultät, die wir so gut wie möglich unterstützen werden. Ein dritter Schwerpunkt liegt auf der Ausbildung. Hier wollen wir unsere attraktiven Ausbildungsstätten in den Kliniken der Stadt und der freien Wohlfahrtspflege stärker nutzen.

6. Sind Sie bereit, die Bedarfslage älterer Menschen bei Mobilitätskonzepten zukünftig noch mehr zu berücksichtigen und deren Mitwirkung bei der Entwicklung derartiger Konzepte sicherzustellen? Auf welche Weise soll dies ermöglicht werden?

Antwort: Für die SPD Bielefeld ist Mobilität auch eine soziale Frage. Wir wollen, dass alle Menschen in Bielefeld unabhängig vom Einkommen und der Gesundheit sicher und gut von A nach B kommen. Deshalb müssen die Alternativen zum Auto attraktiver werden und ausgebaut werden. Denn gerade viele ältere Menschen können sich durch niedrige Renten kein Auto leisten oder durch gesundheitliche Einschränkungen kein Auto fahren. Daher wollen wir die Fahrzeuge und Haltestellen im ÖPNV konsequent barrierefrei gestalten und das Busnetz bis an den Stadtrand auch früh morgens und spät abends ausbauen, damit alle Menschen jederzeit mobil sein können. Gleichzeitig fahren immer mehr (auch ältere) Menschen im Alltag mit e-Bikes. Deshalb wollen wir breite und sichere Radwege an den Straßen errichten und sichere Abstellanlagen überall in der Stadt bauen.

7. Was wollen Sie unternehmen, um die Wohnsituation älterer Menschen in unserer Stadt in Zukunft zu verbessern?

Antwort: Wir wollen mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen. Einerseits sollen jedes Jahr 1300 neue Wohneinheiten entstehen, andererseits wollen wir den Anteil geförderter Wohnungen erhöhen. So können sich auch Menschen mit niedrigen Einkommen/Renten die Mieten gut leisten. Außerdem wollen wir explizit Wohnformen wie betreutes Wohnen, das Bielefelder Modell oder Mehrgenerationenwohnen fördern. Nach dem Motto „Leben wo man wohnt“ sollen die Wege zu Märkten, Kultur, Medizin und Pflege kurz sein und solche Einrichtungen bei Neubaugebieten verstärkt mitbetrachtet werden.

8. Sind Sie bereit, in der kommenden Legislaturperiode für die Innenstadt, für die Stadtbezirke und die Endstationen der Straßenbahnen und Busse (als Umsteigepunkte für den ÖPNV) ein schlüssiges Konzept für die Errichtung öffentlicher Toiletten zu erstellen?

Antwort: Ja, wir sind zu einer Konzepterstellung bereit. Wir müssen hier zu noch besseren Lösungen kommen. Mit dem Konzept der „netten Toilette“ sind wir in den vergangenen Jahren einen ersten Schritt gegangen. Wir nehmen aber wahr, dass wir besser darüber informieren müssen, wo öffentliche Toiletten zur Verfügung stehen. Gleichwohl müssen wir dafür sorgen, dass wir in allen Stadtbezirken öffentliche Toiletten vorhalten. Darüber müssen wir sicherlich auch mit moBiel nochmal ins

Gespräch kommen. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass wir bei öffentlichen Toiletten in der Vergangenheit oft das Problem von Vandalismus hatten. Hier müssen wir in der nächsten Legislatur nochmal gemeinsam ins Gespräch kommen, wie ein Konzept für öffentliche Toiletten auch unter Aspekten der Sicherheit und Sauberkeit aussehen kann.

9. Welche bestehenden Beschlüsse zur „Verkehrswende“ bzw. „Mobilitätsstrategie“ würden Sie oder Ihre Partei modifizieren?

Antwort: Wir stehen zur Mobilitätsstrategie und wollen die Mobilität in der Stadt stärker sozial gestalten. Das geht nur, wenn Bus und Bahn sowie das Fahrrad und die Möglichkeit zu Fuß zu gehen gestärkt werden, denn wir wollen, dass alle unabhängig von Einkommen und Gesundheit gut und sicher von A nach B kommen können. Die entwickelten Konzepte der vergangenen Jahre wollen wir in den nächsten Jahren konsequent umsetzen. Dazu gehören sichere und breite Radwege, attraktivere Tarife für Bus und Bahn, ein Jahresabo bei Abgabe des Führerscheines, verkehrsreduzierte Wohngebiete, Parkplätze verstärkt für Pflegekräfte, Geheingeschränkte, Handwerker*innen und Lieferdienste und Ausbau der Barrierefreiheit.

10. Welche Möglichkeiten sehen Sie oder Ihre Partei für eine stärkere Einbindung des Seniorenrates in der Umsetzung von Zielen der „Daseinsvorsorge“?

Antwort: Es gehört zum Standard in Bielefeld, dass der Seniorenrat durch eine Person in den zuständigen Fachausschüssen als beratendes Mitglied vertreten ist. Mit Blick auf den Sozial- und Gesundheitsausschuss ist es uns auch zukünftig wichtig, dass eine enge Zusammenarbeit zwischen Seniorenrat und SGA besteht, so dass gemeinsam notwendige Maßnahmen vorangetrieben werden. Es ist zu überlegen, ob in regelmäßigen Abständen eine gemeinsame Sitzung von Seniorenrat und SGA erfolgen sollte. Die Stimme des Seniorenrats würde damit noch mehr Gewicht in der gemeinsamen Debatte bekommen.

11. Was tun Sie oder Ihre Partei auf kommunaler Ebene, damit eine bedürfnisorientierte Versorgung der Pflegebedürftigen gewährleistet wird?

Antwort: Wir brauchen mehr Tagespflegeeinrichtungen und Kurzzeit-Pflegeplätze. Wir wollen diese Angebote zusammen mit den Anbietern und Trägern der Wohlfahrtspflege ausbauen. Die Pfleger*innen werden in den Haushalten und am Pflegebett gebraucht, nicht im Auto. Deshalb wollen wir, dass die ambulanten Anbieter noch enger kooperieren und noch stärker quartiersorientiert arbeiten. Wir schlagen vor, dass kooperationswillige Anbieter ein gemeinsames Servicetelefon für die Familien schaffen, die einen ambulanten Dienst für ihre Angehörigen suchen. Wir werden Versorgungsengpässe in der stationären Altenpflege vorbeugen. Trotz unseres Leitprinzips „ambulant vor stationär“ werden wir eine neue Einrichtung ermöglichen, wenn wir den Bedarf nicht mit den vorhandenen Einrichtungen sichern können. Wir werden zudem darauf drängen, dass die Stadt gemeinsam mit den Anbietern der ambulanten und der stationären Altenpflege, den Fachschulen, der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter und mit der REGE ein Aktionsprogramm erarbeitet und umsetzt, das dem Fachkräftemangel in der Pflege entgegenwirkt.

12. Was wollen Sie oder Ihre Partei tun, um dauerhaft die Wertschätzung von pflegerischen Berufen in der Gesellschaft zu fördern?

Antwort: Wir brauchen in allererster Linie eine bessere Bezahlung der pflegerischen Berufe. Leider haben wir hier kommunal keine Einflussmöglichkeiten, dazu bedarf es bundespolitischer Entscheidungen. Die SPD unterstützt eine Aufwertung und größere Wertschätzung sehr. Ein zweiter wichtiger Punkt sind bessere Arbeitsbedingungen. Doppelschichten, eine große Anzahl an Überstunden und Dienste mit zu wenig Personal führen auf Dauer zu physischen und psychischen Überlastungen, die es in Zukunft durch mehr Personal zu verhindern gilt. Dreh- und Angelpunkt ist dabei die bessere Bezahlung, die diese Berufe dann attraktiver macht.

13. Welche Maßnahmen wollen Sie oder Ihre Partei veranlassen, um zukünftig bei einer Pandemie/Epidemie ausreichende Vorkehrungen getroffen sind?

Antwort: Die Corona-Pandemie hat uns – leider – wertvolle Erfahrungen bezüglich zukünftiger Vorkehrungen gebracht. Mit Blick auf das Gesundheitsamt brauchen wir zur Nachverfolgung von Infektionsketten eine bessere personelle Ausstattung, daran arbeiten wir gerade. Zugleich brauchen wir natürlich auch einen größeren Vorrat an Schutzkleidung, insbesondere für Alten- und Pflegeheime. Mit Blick auf die Schulen müssen wir die Digitalisierung vorantreiben. Uns treibt um, dass wir insbesondere Kinder, die zu Hause keine technischen Möglichkeiten zur Verfügung haben, stärker unterstützen müssen. Wir wollen nicht, dass benachteiligte Kinder durch eine Pandemie noch stärker benachteiligt werden.

Die Linke

Wahlprüfsteine
Seniorenrat

Frage 1: Änderung der Statistik in zwei Bereiche für die Ü65

Eine Änderung macht Sinn. Allerdings ist der Altersbereich 60 bis 65 extrem heterogen. Hier sind noch viele Senioren im aktiven Arbeitsalltag (Beschäftigung), ein Teil der Gruppe hat den vorgezogenen Ruhestand gewählt und ein Teil ist aus gesundheitlichen Gründen bereits in „Rente“. Für alle drei Teilgruppen gibt es deutliche Unterschiede in der Gestaltung und der Bedürfnisse im Lebensalltag. Deswegen ist die Betrachtung ab 65 sicher die passendere Variante.

Frage 2: Quartierssozialarbeit

Für die LINKE ist eine stärker ausgeprägte Quartiersarbeit für eine moderne Großstadt zentral. Die Quartiere sind der Lebensmittelpunkt der Bürger in der Stadt. Ob Bürgerbeteiligung, Begegnungsangebote, Beratung in sozialen und gesundheitlichen Belangen, Bildungsarbeit, hier gibt es in Bielefeld deutlichen Verbesserungsbedarf.

Frage 3: Erfassung der Altersarmut

Eigentlich geht die Stadt mit der Zentralisierung den falschen Weg. Die Stadt muss mit ihren Angeboten zu den Menschen kommen. Die Reduzierung der Öffnungszeiten der Bürgerberatungen war ein falscher Ansatz, richtiger wäre die mobile Bürgerberatung. Die Stadt kommt zu den Menschen.

Frage 4: Vereinsamung im Alter

Neben der oben angesprochenen Betreuung braucht es auch andere Wohnungs- und Quartierskonzepte – Mehrgenerationenwohnen wäre so ein Konzept, das gerade bei Familien mit Betreuungsbedarf bei Kindern zu einer win-win-Situation führen kann. Aber auch der Wohnungsbau in städtischer Regie ermöglicht zusätzliche Integration von Betreuungskonzepten.

Frage 5: Medizinische Versorgung

Für die LINKE ist es notwendig, dass Gesundheitsversorgung wieder eine kommunale Aufgabe wird – zur Not auch durch eigene Ärztezentren in den Stadtbezirken. Nicht nur bei älteren Menschen gibt es Versorgungsprobleme, bei Kinderärzten genauso. Das gilt auch für den Bereich Altenpflege – Gesundheit ist keine Ware sondern eine gesellschaftlich notwendige Dienstleistung.

Frage 6: Mobilitätskonzepte

Wir sprechen uns für einen deutlichen Ausbau im Nahverkehr aus. Dazu gehören auch öffentliche Toiletten an den zentralen Umsteigepunkten: Bahn/Stadtbahn, Stadtbahn/Bus aber auch Bus/Bus. Außerdem sollte es ein eigenes Niederflurstadtbahnssystem geben. Hier ergeben sich eine Reihe von Vorteilen für mobilitätseingeschränkte Menschen. Dazu gehört aber auch, dass Alltagsfußwege barrierefrei angelegt sind. Auch muss für Rentner bzw. Grundsicherungsempfänger ein deutlich günstigeres Nahverkehrsticket angeboten werden.

Frage 7: Wohnraum

Wir brauchen gerade für die ältere Generation deutlich mehr kommunalen Wohnraum. Der kann durch Neubau und Zukauf aufgebaut werden. Wir wollen auch die bestehenden Genossenschaften unterstützen.

Frage 8: Toiletten

Ganz einfach, ja. Wir sind da voll und ganz beim Seniorenrat.

Frage 9: Welche bestehenden Beschlüsse zur Verkehrswende bzw. Mobilitätsstrategie würden Sie oder ihre Partei modifizieren?

Alle aufgeführten Punkte sind richtig: Verbesserung der Nahmobilität, attraktive Tarifgestaltung im ÖPNV, Beibehaltung des Premium 60Plus-Abos, zeitlich begrenzte Kostenfreiheit im ÖPNV bei freiwilliger Abgabe des Führerscheins.

Frage 10: Welche Möglichkeit sehen Sie oder Ihre Partei für die stärkere Einbindung des Seniorenrates in der Umsetzung von Zielen der „Daseinsvorsorge“

Der Seniorenrat ist als beratendes Gremium bereits mit Sitz in verschiedenen Gremien (z.B. Stadtentwicklungsausschuss) berücksichtigt. Bei zentralen Arbeitsgruppen wird er mit eingeladen. Man muss dieses sicherlich überprüfen und gegebenenfalls anpassen.

Frage 11: Was tun Sie oder Ihre Partei auf kommunaler Ebene, damit eine bedürfnisorientierte Versorgung der Pflegebedürftigen gewährleistet wird?

Grundsätzlich wollen wir eine Stärkung der Quartiersarbeit. Wir befürworten als Konzept das Bielefelder Modell. Das bedeutet aber auch, dort wo es Defizite gibt, braucht es dann als Konsequenz kommunale Angebote.

Frage 12: Was wollen Sie oder ihre Partei tun, um dauerhaft die Wertschätzung von pflegerischen Berufen in der Gesellschaft zu fördern?

Unsere Bundespartei hat bereits vor längerer Zeit eine Kampagne für die Pflegeberufe gestartet, die eine faire Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen fordert. Die LINKE steht da ganz auf der Seite der Gewerkschaft ver.di. Ohne eine bessere Bezahlung wird sich wenig ändern. Gesundheit ist eben keine Ware.

Frage 13: Welche Maßnahmen wollen Sie oder Ihre Partei veranlassen, um zukünftig bei einer Pandemie/Epidemie ausreichende Vorkehrungen getroffen sind?

Die Stadt braucht dafür eigene Reserven im Gesundheitsamt, aber auch die Krankenhäuser dürfen nicht nur Krankenbett um Krankenbett abbauen. Es müssen Reserven vorhanden sein. Was sich aber besonders als fatal herausgestellt hat, wenn Alten- und Pflegeheime keine ausreichenden Außenbereiche haben. So bleiben die alten Menschen eingesperrt. Wir werden keinem Altenheim-Neubau mehr zustimmen, der nicht ausreichende Außenbereiche hat.

Seniorenrat – Wahlprüfsteine

Antworten der Wähler*innengemeinschaft Lokaldemokratie in Bielefeld-LiB

Alle Antworten auf ihre Fragen finden sie ebenfalls in unserem Wahlprogramm auf unserer Homepage: <https://www.lokaldemokratie-in-bielefeld.de/programm/> Für eine vereinfachte Suche haben wir alle Antworten mit einem Quellenverweis auf unser Programm (Stand: 20.04.2020) versehen.

1. Was wollen sie tun, um die Information über die Lebenslagen älterer Menschen in in unserer Stadt dauerhaft zu verbessern?

Antwort:

Wir sehen ebenfalls die Notwendigkeit einer differenzierteren Betrachtung älterer Bürger*innen als Zielgruppe: Aktive, mobile, engagierte ältere Menschen, die ihr Leben weitestgehend selbstständig und selbstbestimmt gestalten, verfügen über vielfältige Potenziale und Ressourcen, die für das Gemeinwesen nutzbar gemacht werden können. Andererseits gibt es Senioren, oft hochbetagte Menschen, die einen konkreten Bedarf an Unterstützungs-, Hilfs- und Pflegeleistungen haben.¹

2. Sind sie bereit die sozialraumorientierte Quartierssozialarbeit in unserer Stadt deutlich auszubauen und sich insbesondere für die zurzeit schwer bis garnicht erreichbaren Gruppen (Personen mit Migrationshintergrund, Menschen mit niedrigen Bildungsniveau und in prekären Lebenslagen) zu engagieren?

Antwort:

Ja, denn die sozialraumorientierte Quartierssozialarbeit ist unserer Ansicht die effektivste Form der Sozialarbeit. Gerade zu Coronazeiten ist es wichtig Lösungen gemeinsam mit den betroffenen Menschen zu erarbeiten und auf diese Weise Isolation vorzubeugen.

3. Wie wollen sie die Informationslage zur Altersarmut in unserer Stadt verbessern und welche Schritte wollen sie unternehmen, um die Dunkelziffer bei der Nicht-Beantragung von Grundsicherung im Alter zu reduzieren?

Antwort:

Durch die sozialraumorientierte Quartierssozialarbeit kommen die Sozialarbeiter*innen direkt in Kontakt mit betroffenen Menschen und können so Informationen aus erster Hand sammeln. Dadurch kann am besten verhindert werden, dass Menschen „durchs Raster fallen“ und die Angebote der Sozialarbeit zielgenau angepasst werden. Ein Beispiel hierfür ist das Projekt Quartiersentwicklung in Kammerich, Bielefeld.

¹Siehe Kap. 2.5

4. Was wollen sie anstoßen, damit das Thema "Einsamkeit im Alter" für unsere Stadt in Zukunft besser bearbeitet werden kann?

Antwort:

Projekte, die ein Mehrgenerationen-Wohnen zum Ziel haben, sollen stärker gefördert werden. Ein Zusammenleben von alten Menschen und Studierenden oder Alleinerziehenden kann für beide Seiten ein Gewinn sein.²

Zwischen Senior*innen-/ Altenheimen und Kindergärten sollte es mehr Kooperationen geben, zum Beispiel Vorleseaktionen oder gemeinsames Kochen und Backen.³

Patenschaften zwischen Senior*innen und Familien können stärker als bisher gefördert und initiiert werden. Für die älteren Menschen bedeutet das gesellschaftliche Teilhabe und eine geringere Gefahr der Vereinsamung, für Familien kann die Lebenserfahrung der Älteren ebenfalls ein Gewinn an Lebensqualität sein.⁴

5. Welche Schritte wollen sie unternehmen, um die gesundheitliche Situation vor allem älterer Menschen in unserer Stadt in Zukunft zu verbessern?

Antwort:

Wir sehen einen Lösungsansatz in Interdisziplinäre Gesundheitszentren, die sich an den Bedarfen von sozial besonders zu fördernden Personengruppen, u.a. Senior*innen, kinderreichen, wirtschaftlich benachteiligten Familien, chronisch kranken und behinderten Menschen orientieren.⁵

Im Rahmen der Bielefelder Gesundheitskonferenz befürworten wir Vereinbarungen mit der Kassenärztlichen Vereinigung für Bielefeld, um in benachteiligten Quartieren eine verbesserte medizinisch-ärztliche Versorgung mit Kassen-, Allgemein- und Fachärzten sicherzustellen. Ziel muss ein niedrighschwelliger Zugang für alle sein, in allen Bielefelder Quartieren wohnortnah ärztlich versorgt zu werden.⁶

In jedem Quartier sollte es kostenlose Bewegungs- und Freizeitangebote geben, gerne auch an der frischen Luft (Spielplätze, Trimm-Geräte, gemeinsame Sportkurse im Sommer, Laufgruppen usw.).⁷

²Siehe Kap. 2.5

³Ebd.

⁴Ebd.

⁵Siehe Kap. 1.4.2

⁶Siehe Kap. 4.5

⁷Ebd.

6. Sind sie bereit, die Bedarfslage älterer Menschen bei Mobilitätskonzepten zukünftig noch mehr zu berücksichtigen und deren Mitwirkung bei der Entwicklung derartiger Konzepte sicherzustellen? Auf welche Weise soll dies ermöglicht werden?

Antwort:

Der Raum für Fußgänger*innen wird durch Mülltonnen verengt. Das ist insbesondere für Menschen, die im Rollstuhl oder mit Kinderwagen unterwegs sind, Gehhilfen nutzen oder eine Sehbehinderung haben, ein großes Problem. Hier möchten wir ein Konzept zur Verbesserung. Zum Beispiel könnten wir Parkplätze in Aufstellflächen für Müllbehälter umwidmen.⁸

Mobilität beginnt kleinräumig im Quartier. On-Demand-Verkehre, bei denen Busse in Quartieren auf Abruf bestellbar sind, werden jetzt bereits in Sennestadt und Jöllenbeck getestet. Diese Projekte möchten wir gerne ausweiten.⁹

Das Sozialticket soll bezahlbar sein und der Preis dem entsprechen, was in den Regelsätzen für Transfergeldempfänger*innen dafür vorgesehen ist. Jeder Mensch hat unabhängig von seinen finanziellen Möglichkeiten ein Recht auf Mobilität.¹⁰ Darüber hinaus setzen wir uns für die Erhaltung von senior*innengerechten Tickets ein.

Alle Bushaltestationen sollen überdacht und mit Stühlen versehen werden. Die Überdachungen sollen begrünt oder mit Sonnenkollektoren ausgestattet werden. Zudem sollen an allen Wartestationen Mülleimer aufgestellt sein.¹¹

Es gibt Personengruppen (zum Beispiel Menschen mit Handicap) und Dienstleistungen (z.B. ambulante Pflegedienste oder Handwerker), die weiterhin auf das Auto angewiesen sind. Für diese wollen wir durch eine allgemeine Reduktion des Autoverkehrs mehr Platz schaffen. Außerdem sollten sie nach Möglichkeit auf emissionsfreie Antriebsarten umgestellt werden – dies sollte kommunal unterstützt werden.¹²

Die Ergebnisse der verschiedenen „Netzwerke Barrierefreiheit“ sollen in politische Prozesse umgesetzt werden.¹³

7. Was wollen sie unternehmen, um die Wohnsituation älterer Menschen in unserer Stadt in Zukunft zu verbessern?

Antwort:

In allen Wohngebieten ist uns eine gute soziale Durchmischung wichtig. Altersgemischtes Wohnen wie beim Bielefelder Modell müssen wir in der Zukunft verstärkt planen. Dazu zählen gute Versorgungskonzepte für alle Belange.¹⁴

Darüber hinaus ist zu prüfen, wie durch eine senior*innengerechte Anpassung von Wohnraum durch die Installation von barrierefreien Duschen oder Fahrstühlen realisiert werden kann.

Frauen sind aufgrund ihrer Erwerbsbiografien überdurchschnittlich häufig von Altersarmut betroffen.

⁸Siehe Kap. 5.2

⁹Siehe Kap. 5.6

¹⁰Siehe Kap. 5.4

¹¹Ebd.

¹²Siehe Kap. 5.1

¹³Siehe Kap. 2.5

¹⁴Siehe Kap. 3

Frauen im Rentenalter brauchen bezahlbaren, oft barrierearmen oder barrierefreien Wohnraum.¹⁵

- 8. Sind sie bereit in der kommenden Legislaturperiode für die Innenstadt, für die Stadtbezirke und die Endstationen der Straßenbahnen und Busse (als Umsteigepunkte für den ÖPNV) ein schlüssiges Konzept für die Errichtung öffentlicher Toiletten zu erstellen?**

Antwort:

Das Thema „öffentliche Toiletten“ muss dauerhaft auf der Agenda bleiben und besser umgesetzt werden. Das Projekt „Nette Toilette“ (Geschäftsleute stellen auch Nicht-Kund*innen ihre Toiletten zur Verfügung) soll ausgebaut werden.¹⁶

- 9. Welche bestehenden Beschlüsse zur "Verkehrswende" bzw. "Mobilitätsstrategie" würden sie oder ihre Partei modifizieren?**

Antwort:

Die Beschleunigung der Umsetzung aller Beschlüsse ist selbstverständlich wünschenswert. Da wir sämtliche Beschlüsse vorbereitet, verhandelt, mitbeschlossen und getragen haben sehen wir zum jetzigen Zeitpunkt darüber hinaus keinen Anlass für eine Modifikation.

- 10. Welche Möglichkeiten sehen sie oder ihre Partei für eine stärkere Einbindung des Seniorenrates in der Umsetzung von Zielen der "Daseinsvorsorge"?**

Antwort:

- 11. Was tun sie oder ihre Partei auf kommunaler Ebene, damit eine bedürfnisorientierte Versorgung der Pflegebedürftigen gewährleistet wird?**

Antwort:

In der Kurzzeitpflege sind zu wenige Plätze vorhanden, pflegerisches Personal fehlt bundesweit. Wir möchten eine kommunale Pflegepolitik, die sich an den Quartieren orientiert und neue Methoden prüft, wie zum Beispiel „Buurtzorg“, welches eine kleinräumige menschenorientierte Pflege in den Niederlanden anbietet. Das „Bielefelder Modell“, welches seit den 90er-Jahren ein wegweisendes Konzept ist, um selbstbestimmtes Wohnen im Quartier auch für pflegebedürftige Menschen zu gewährleisten, soll weiter gefördert werden.¹⁷

¹⁵Siehe Kap. 2.2

¹⁶Siehe Kap. 2.5

¹⁷Siehe Kap. 1.5

12. Was wollen Sie oder ihre Partei tun, um dauerhaft die Wertschätzung von pflegerischen Berufen in der Gesellschaft zu fördern?

Antwort:

Die kommunalen Einflussmöglichkeiten sind bei dieser Thematik leider gering. Lediglich vom Balkon in die Hände klatschen und Lavendel pflanzen reichen jedenfalls nicht aus. Wir bleiben dran und werden jede Möglichkeit zur Förderung, die sich anbieten sollte, nutzen.

13. Welche Maßnahmen wollen sie oder ihre Partei veranlassen, um zukünftig bei einer Pandemie/Epedemie ausreichende Vorkehrungen getroffen sind?

Antwort:

Die jetzt auch durch uns mitgeplante personelle und finanzielle Stärkung des Gesundheitsamtes, um die Aufgaben im Zusammenhang mit der Corona-Krise besser bewältigen zu können, ist ein völlig richtiger Schritt. Die Wähler*innengemeinschaft Lokaldemokratie in Bielefeld sieht hier auch eine Unterstützung und Entlastung für die Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung, die mit vielen Überstunden und persönlichem Einsatz Mängel in der Ausstattung und Organisation aufgefangen haben.

Kreisverband Bielefeld

Kavalleriestraße 26
33602 Bielefeld
info@gruene-bielefeld.de
0521 / 179767

Kerstin Haarmann

LL.M. MBA
GRÜNE OB-Kandidatin
www.kerstin-haarmann.de

Bielefeld, 10. August 2020

Antwort zu den Wahlprüfsteinen des Seniorenrats zur Kommunalwahl 2020

Zu Frage 1

Wir teilen die Einschätzung, dass die Wünsche, Bedürfnisse und Bedarfe älterer Menschen in Bielefeld besser erfasst werden müssen, denn die Menschen, die der Seniorenrat repräsentiert, sind so bunt und vielfältig wie die gesamte Stadtgesellschaft. Entsprechend divers sind die Wünsche, Bedarfe und Bedürfnisse der unterschiedlichen Gruppen. Menschen mit Migrationsgeschichte, LSBTI*, sind jedoch ebenso zu berücksichtigen wie Menschen unterschiedlicher Bildung, Gesundheit, Wohn- oder Einkommenssituation. Die vorgeschlagene „Spreizung“ der kommunalen Statistik begrüßen und unterstützen wir. Aus unserer Sicht ist eine Erhebung der Lebenslagen von alten und älteren Menschen über 60 im Rahmen von Lebenslagenbericht, Altenbericht, Wohn- und Teilhabegesetz, Lernreport in einem regelmäßigen Turnus (2- 3 jähriger Rhythmus) sinnvoll und notwendig. Die Auswertungen der Ergebnisse sind transparent und verständlich (auch in leichter Sprache, Gebärdensprache und den gebräuchlichsten Fremdsprachen) der Öffentlichkeit und den Gremien der Stadt vorzustellen.

Zu Frage 2

Dazu sind wir bereit, denn funktionierende Quartiere sind zentral für das Zusammenleben in unserer Stadt. Wir wollen sie zu lebendigen und an allen Lebenslagen orientierten Sozialräumen weiterentwickeln. Dies soll unter Mitwirkung der Bewohner*innen barrierefrei und inklusiv geschehen. Die bisher eingerichteten Service- und Begegnungszentren wollen wir weiterentwickeln und Zug um Zug weitere Quartiere ausweiten. Ziele sind generationsübergreifende Nachbarschaftshilfen, Beratungsangebote und Gemeinschaftsaktionen möglichst flächendeckend vorzuhalten bzw. zu ermöglichen. Sprachlich und medial vielfältige Ansprache durch entsprechend geschulte und aus allen Bevölkerungsgruppen gewonnenen ehrenamtlichen Seniorenhelfer*innen sollten jede und jeden einzelne(n) ältere Mitbürger*in erreichen können.

Zu Frage 3

Altersarmut und Nicht-Nutzung des Rechtsanspruchs auf „Grundsicherung im Alter“ sind zunehmend Probleme, die wir jedoch nicht nur kommunal lösen können.

Dennoch können wir, wie bereits in den Antworten zu Frage 1 und Frage 2 angesprochen, durch unabhängige Beratung in den Service- und Begegnungszentren, über die Fachstellen der sozialraumorientierten Quartierssozialarbeit und über die ehrenamtlichen Helfer*innen bzw. Expert*innen mehrsprachige Information und Beratung schriftlich und mündlich anzubieten. Ziel muss es sein, die älteren Menschen zu ermutigen, die ihnen zustehenden Leistungen in Anspruch zu nehmen. Dabei können auch entsprechend qualifizierte Ehrenamtler*innen eingesetzt werden.

Die Einkommenslage der älteren Mitbürger*innen ist unter Wahrung des Datenschutzes und der persönlichen Integrität im Einzelfall nur durch die persönliche Mitteilung durch die Betroffenen oder ihrer Bevollmächtigten zu erfahren. Mit ihnen gemeinsam kann durch geschulte Fachkräfte eine eventuelle finanzielle Notlage ermittelt werden. Grundsätzlich ist die Möglichkeit der Mitwirkung von Ehrenamtler*innen bei Finanzfragen von älteren Mitbürger*innen mit der größten Behutsamkeit anzugehen, um Betrug und Missbrauch auszuschließen.

Zu Frage 4

Hier sind in erster Linie die Vernetzung von ehrenamtlichen und professionellen Ressourcen von Kirchengemeinden, Vereinen und quartiersbezogenen Kontakt-, Freizeit- und Begegnungsangeboten sowie nachbarschaftlichem Engagement zu nennen.

Wo das nicht ausreicht, sind darüber hinaus niedrigschwellige gemeindepsychiatrische Unterstützungsangebote sinnvoll und notwendig. Der Problematik von „Einsamkeit im Alter“ kann auch durch die Entwicklung neuer gemeinschaftlicher und/oder generationenübergreifender Wohnformen begegnet werden. Hierfür gibt es bereits sehr gute Beispiele in Bielefeld.

Zu Frage 5

Wir setzen uns für die Realisierung von Gesundheitszentren in den Stadtteilen ein, in denen Haus- und Fachärzte gemeinsam angesiedelt sind. Sie können z.B. durch die Übernahme von Bürgschaften oder die Bereitstellung von Grundstücken durch die Stadt gefördert werden. Dependancen dieser Gesundheitszentren in den Quartieren sind wünschenswert, um vor allem für die älteren und weniger mobilen Mitbürger*innen erreichbar zu sein. Sie sollten im Verbund mit Beratungsstellen und anderen sozialen Einrichtungen, mit Gesundheitsberatung, Demenzberatung für Angehörige und Pflegeeinrichtungen angelegt werden. Personell kann die hausärztliche Versorgung durch Einbeziehung von Gesundheitsberater*innen entlastet werden, die an gleicher Stelle im Quartier bzw. im Stadtteil tätig sind. Grundsätzlich ist die hausärztliche Versorgung verbesserungsfähig, wenn die Arbeitsbedingungen so gestaltet werden, dass sie insbesondere für jüngere Ärzt*innen attraktiv sind, die heute mehr denn je auf Familien- oder Beziehungsverträglichkeit achten. Dem kommen Gesundheitszentren mit größerer Dispositionsfähigkeit beim Personaleinsatz entgegen. Hilfreich gerade für ältere Patient*innen ist auch der Einsatz von ehrenamtlichen Seniorenhelfer*innen im Sinne einer nachbarschaftlichen und generationsübergreifenden Vernetzung im Quartier und im Stadtteil.

Zu Frage 6

Wir setzen uns grundsätzlich für verbesserte Beteiligungsmöglichkeiten von Einwohner*innen unserer Stadt ein. Entsprechend den Planungskonzepten bei der Inklusion sollen bei allen künftigen Planungen der Stadt, ältere Menschen einbezogen bzw. deren Bedarfe berücksichtigt werden. Dazu zählen die gesamte Stadtplanung, inklusive Verkehrs- und Infrastrukturplanung ebenso wie alle Aspekte der Mobilität im Alter. Vorstellbar ist, eine „Checkliste Senior*innengerechtigkeit“ bei allen Planungsverfahren sowie eine Stärkung der Mitwirkungsrechte des Seniorenrates.

Wir setzen uns für barrierefreie Beteiligungsverfahren ein, die auch nicht digitalaffinen Menschen eine Mitwirkung ermöglicht. Die Einrichtung einer/eines Partizipationsbeauftragten an zentraler Stelle soll dabei helfen, dass die Mitwirkung und Beteiligung aller Einwohner*innen unserer Stadt gewährleistet werden kann.

Zu Frage 7

Wir wollen alle Möglichkeiten der Schaffung von Wohnraum ausschöpfen, denn Wohnen ist ein Menschenrecht. Für uns Grüne steht dabei bezahlbarer Wohnraum im Vordergrund. Vorrang vor dem Neubau auf der freien Fläche hat für uns GRÜNE die Ausschöpfung von Nachverdichtungspotenzialen sowie Umnutzungsmöglichkeiten. Insofern sind alle Verkleinerungsüberlegungen unterstützenswert. Die (Wieder)Einführung von Umzugshilfen kann dabei eine sinnvolle Maßnahme sein. Im Rahmen der Baulandstrategie der Stadt wollen wir neue Wohnformen (z.B. gemeinwohlorientierte Wohnprojekte für ältere Menschen, Projekte der „Sorgenden Gemeinschaft“ oder Tiny House Projekte), aber auch bereits bewährte Wohnformen wie generationenübergreifende Wohnprojekte, Wohnprojekte mit unterschiedlichen Eigentumsformen u.a. besonders fördern. Zur Deckung des derzeitigen und künftigen Bedarfs gehört auch der Bau bezahlbarer Wohnungen für alleinlebende Menschen in der Nähe funktionierender und adäquater Infrastruktur.

Zu Frage 8

Die Bereitschaft ist bei uns GRÜNEN vorhanden. Wir streben eine möglichst bedarfsgerechte, ausgewogene Verteilung öffentlich zugänglicher Toiletten an, der Einbezug der „Netten Toilette“ ist dabei sinnvoll. Wichtigste Bedingung ist die „freundliche“ Zugänglichkeit und die ausgewogene Verteilung barrierefreier Toiletten. Ein sehr wichtiger Aspekt ist aber auch die Verhinderung von Vandalismus und die Gewährleistung der Sauberkeit der Toiletten in Verbindung mit einem Hygienekonzept. Seniorenrat und Beirat für Behindertenfragen sind bei den weiteren Planungen, vor allem der barrierefreien Toiletten, einzubeziehen. Die Zugänglichkeit der für bestimmte Personengruppen reservierten Toiletten durch Berechtigungsnachweise und Schlüssel oder Zahlweise bei Benutzung ist sicherzustellen.

Zu Frage 9

Wir stehen für eine zukunftsgerechte Mobilität, die den Rad- und Fußverkehr attraktiver und sicherer macht und wir wollen den ÖPNV ausbauen. Für den ÖPNV wollen wir ein einfaches und übersichtliches Tarifsystem mit stabilen, sozialverträglichen Preisen. Die vergünstigte Beförderung von Senior*innen im ÖPNV wollen wir erhalten. Dabei ist moBiel aufgefordert, zwischen den aktuell strittigen Abonnementsvarianten einen Kompromiss zu finden, der den älteren Personengruppen Bielefelds gerecht und vom Seniorenrat akzeptiert werden kann. Die Prämierung einer freiwilligen Führerscheinabgabe sollte zunächst im Seniorenrat

zu diskutiert und gegebenenfalls den zuständigen Ratsgremien empfohlen werden. Vergünstigte Beförderung von Senior*innen und ein bedarfsgerechtes öffentliches Nahverkehrssystem könnte und sollte genug Anreiz sein, umzusteigen.

Zu Frage 10

Die Einbeziehung des Seniorenrats zu allen Fragen und Zielen der Daseinsvorsorge, soweit sie kommunale Entscheidungen und Angelegenheiten der älteren Mitbürger*innen betreffen, ist von uns gewünscht und selbstverständlich. Wir begrüßen außerordentlich das Engagement und das klare Bekenntnis des Seniorenrates in Fragen des Klimaschutzes!

Zu Frage 11

Hier sind bereits die oben gegebenen Antworten und die Antwort zu Frage 1 handlungsleitend. Lebenslagenbericht und Surveyergebnisse sowie der Austausch mit Betroffenen, dem Seniorenrat, den Fachkräften, Einrichtungen, Fachverbänden und Fachstellen in der Verwaltung ermöglichen eine Planung der bedürfnisorientierten Versorgung von pflegebedürftigen Mitbürger*innen. Wir unterstützen alle kommunal gestaltbaren Möglichkeiten die geeignet sind, eine adäquate Versorgung pflegebedürftiger Menschen sicherzustellen.

Zu Frage 12

Soweit es in der Macht der Kommune steht wollen wir darauf hinwirken, dass es bundes- oder landeseinheitlich zu besseren Vergütungen für Pflegekräfte kommt. Auch liegen uns bessere Vergütungssätze für Pflegedienste und -einrichtungen am Herzen, die in erster Linie quartiers- und nachbarschaftsorientiert arbeiten. Die Möglichkeiten, die wir über Mandatsträger*innen auf Landes- und Bundesebene haben, werden wir nutzen, um zu einer Verbesserung der angesprochenen Situation zu kommen.

Zu Frage 13

Die Erfahrungen haben gezeigt, dass die Einrichtungen und Dienste im gesamten Gesundheits- und Pflegebereich langfristig und proaktiv mit Schutzkleidung und Schutzeinrichtungen in ausreichendem Umfang versorgt sein müssen. Es wird zu den Obliegenheiten der Einrichtungsleitungen und Leitungen der gesundheitlichen und pflegerischen Dienste gehören, sich mit den notwendigen Materialien für Schutzmaßnahmen zu versorgen. Es ist notwendig, dass es einen regelmäßigen Austausch mit dem Gesundheitsamt und der WTG-Behörde kommt um Beschaffung, Bevorratung und Bereitstellung von Material, Geräten, Räumlichkeiten und Inventar in ausreichendem Umfang gewährleisten zu können. Auch Maßnahmen, um bei Pandemieausbrüchen unter Wahrung altersgerechter Kontaktmöglichkeiten reagieren zu können, müssen proaktiv besprochen werden. Das Gesundheitsamt hat die Aufgabe, mit den Fachkräften der Senior*Innenarbeit in den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege und der Sozialbehörde sowie der WTG-Behörde entsprechende Richtlinien zu erarbeiten. Diese Richtlinien sind dem Seniorenrat zur Mitwirkung vorzulegen und in den Ratsgremien zu verabschieden.

Die PARTEI

1. Frage:

Was wollen Sie tun, um die Information über die Lebenslagen älterer Menschen in unserer Stadt dauerhaft zu verbessern?

Wir möchten Partnerschaften zwischen jungen und älteren Menschen. Die Jüngeren können unseren Senior*innen die neuen Medien näher bringen und die Älteren lehren den Jüngeren das Gruseln, welche Härten das „Alter“ mit sich bringt. So sind alle besser informiert.

2. Frage:

Sind Sie bereit, die sozialraumorientierte Quartierssozialarbeit in unserer Stadt deutlich auszubauen und sich insbesondere für die zurzeit schwer bis gar nicht erreichbaren Gruppen (Personen mit Migrationshintergrund, Menschen mit niedrigem Bildungsniveau und in prekären Lebenslagen) zu engagieren?

Selbstverständlich! Wir sind weder die CDU noch die SPD und ignorieren die zunehmende soziale Segregation auch bei unseren älteren Mithürger*innen.

3. Frage:

Wie wollen Sie die Informationslage zur Altersmut in unserer Stadt verbessern und welche Schritte wollen Sie unternehmen, um die Dunkelziffer bei der Nicht-Beantragung von Grundsicherung im Alter zu reduzieren?

Das bedingungslose Grundeinkommen gilt auch für ältere Menschen! Gerade diese Gruppe würde stark davon profitieren.

4. Frage:

Was wollen Sie anstoßen, damit das Thema „Einsamkeit im Alter“ für unsere Stadt in Zukunft besser bearbeitet werden kann?

Wir wollen mehr Begegnung zwischen Alt und Jung. Dafür stehen wir bereits in unserer Mitgliederstruktur. Wir haben viele Ideen:

- **Flächendeckende Repaircafés.**
- **Jugendzentren, in denen ab und an DJanes aus der Generation Ü60 auflegen.**
- **Nachbarn müssen sich grundsätzlich freundlich Grüßen und nach dem Befinden fragen.**
- **Ältere Menschen werden nicht mehr von Grünflächen mit bösen Blicken verjagt, wie es analog unseren jüngsten Mithürger*innen passiert.**

5. Frage:

Welche Schritte wollen Sie unternehmen, um die gesundheitliche Situation vor allem älterer Menschen in unserer Stadt in Zukunft zu verbessern?

Um die Betreuung und Versorgung älterer Menschen zu verbessern, wäre eine angemessene Bezahlung von Personen in Gesundheitsberufen eine Notwendigkeit. Aber wir stehen auch für Vor- anstatt Nachsorge und werden Trimm-Dich-Pfade rollatorengerecht einrichten.

6. Frage:

Sind Sie bereit, die Bedarfslage älterer Menschen bei Mobilitätskonzepten zukünftig noch mehr zu berücksichtigen und deren Mitwirkung bei der Entwicklung derartiger Konzepte sicherzustellen? Auf welche Weise soll dies ermöglicht werden?

Die PARTEI Bielefeld fordert eine straßenfreie Innenstadt! Ältere Menschen sind häufiger Opfer im Straßenverkehr. Damit diese sich dort trotzdem fortbewegen können, werden wir die Schaffung von Rollpat*innen anregen. Zusätzlich fordern wir Elektromobilität für alle bspw. in der Form von Elektro-Rollatoren.

7. Frage:

Was wollen Sie unternehmen, um die Wohnsituation älterer Menschen in unserer Stadt in Zukunft zu verbessern?

Anstatt einer Gentrifizierung sind wir für eine Gerontifizierung von Wohnraum. Jedes mehrstöckige Wohnhaus wird auf Kosten der Eigentümer mit Treppenliften und Paternostern ausgestattet. Für mehr Thrill sollten die Installationen eine Turhofunktion haben.

8. Frage:

Sind Sie bereit, in der kommenden Legislaturperiode für die Innenstadt, für die Stadtbezirke und die Endstationen der Straßenbahnen und Busse (als Umsteigepunkte für den ÖPNV) ein schlüssiges Konzept für die Errichtung öffentlicher Toiletten zu erstellen?

Öffentliche Bedürfnisanstalten sind uns ein Anliegen, damit die Bürger*innen nicht allein in Parkanlagen ihre Notdurft verrichten müssen. Die selbstreinigenden Toiletten in Paris sollen uns ein Vorbild sein, so dass Bielefeld den Flair einer Metropole erhält. Unisex-Toiletten in öffentlichen Gebäuden würden zusätzlich die Kapazitäten an freien Toiletten erhöhen und den Anschluss der älteren Generationen an freshe Konzepte gewährleisten.

9. Frage: Welche bestehenden Beschlüsse zur „Verkehrswende“ bzw. „Mobilitätsstrategie“ würden Sie oder Ihre Partei modifizieren?

Die PARTEI Bielefeld setzt sich für einen kostenlosen ÖPNV ein. 100 % der von uns Befragten waren damit zufrieden. Unsere Senior*innen dürfen da natürlich nicht ausgeschlossen werden. Allerdings dürfen auf freiwilliger Basis Jahrestickets mit den Preisen von 365 Cent bis 365 Mio. € erworben werden, um vermögenden Menschen jedweden Alters die Chance zu geben, der Gesellschaft etwas zurückzugehen.

10. Frage: Welche Möglichkeiten sehen Sie oder Ihre Partei für eine stärkere Einbindung des Seniorenrates in der Umsetzung von Zielen der „Daseinsvorsorge“

Wir werden die Empfehlungen des Seniorenrates Eins zu Eins umsetzen – also ungefähr die Hälfte. Zwinkersmiley! Wir haben nichts gegen gute Konzepte, insbesondere dann, wenn wir sie nicht selber erarbeiten müssen. Und Konzepte zum Klimaschutz vom Seniorenrat trafen genau unseren Humor.

11. Frage: Was tun Sie oder Ihre Partei auf kommunaler Ebene, damit eine bedürfnisorientierte Versorgung der Pflegebedürftigen gewährleistet wird?

Was kann man da machen? Die Versorgung der Pflegebedürftigen nicht gewinnorientiert zu betreiben, scheint Utopie. Aber mit uns wird Utopie zur Realität!

12. Frage: Was wollen Sie oder Ihre Partei tun, um dauerhaft die Wertschätzung von pflegerischen Berufen in der Gesellschaft zu fördern?

Ganz einfach: Wir werden Applaus als Zweitwährung einführen!

13. Frage: Welche Maßnahmen wollen Sie oder Ihre Partei veranlassen, um zukünftig bei einer Pandemie/Epidemie ausreichende Vorkehrungen getroffen sind?

Wir haben nur vernünftige Konzepte:

Zukünftig müssen neue Erreger bei der WHO vorsprechen, die das Potential haben eine Epidemie oder Pandemie auszulösen. Dort können sie gleich den Epidemiologen mitteilen, wie sie bekämpft werden können.

Maßnahmen, wie eine Bevorratung von Schutzkleidung, Mund-Nasen-Masken, Beatmungsgeräten etc. für den Katastrophenfall durch den Staat sind jedoch nicht mit uns zu machen! Zwinkersmiley!



Wahlprüfsteine des Seniorenrates – Antworten der AfD Bielefeld

Zu Frage 1:

Wir stimmen grundsätzlich zu, dass die Informationslage über die Lebenslagen älterer Menschen verbessert werden muss, auch vor dem Hintergrund der richtigen Diagnose einer zunehmenden Individualisierung und Heterogenisierung in Form verschiedener Teilgruppierungen.

Die Verbesserung der Informationslage kann über zahlreiche Methoden der Sozialforschung, deren Erlernen ja Teil des Studienganges „Kommunaler Verwaltungsdienst“ ist, gewährleistet werden. Hierbei sind quantitative wie qualitative Methoden zu nutzen, um ein umfassendes Bild zu gewährleisten.

Dass allerdings „speziell“ die Wünsche, Bedürfnisse und Bedarfe älterer Menschen mit Migrationshintergrund zu erfassen seien, sehen wir nicht. Migrationshintergrund darf nicht zu einem Sonderstatus oder gar besonderer Bevorzugung führen, wie dies aber in anderen politischen Feldern leider bereits der Fall ist. Wer dauerhaft in Deutschland lebt, obliegt der allgemeinen Erwartung, sich zu integrieren. Damit geht kein Anspruch auf Berücksichtigung „besonderer Wünsche und Bedürfnisse“ durch die Politik einher.

Zu Frage 2:

Die Beantwortung dieser Frage ergibt sich aus den oben geschilderten Prämissen. Zunächst gilt: Der Ausbau der sozialraumorientierten Quartierssozialarbeit ist grundsätzlich zu befürworten, da die Kommune in der Pflicht steht, auch das Wohl der Menschen mit niedrigem Bildungsniveau und in prekären Lebenslagen so gut es geht sicherzustellen. Zudem dürften sich im Zuge der Wirtschaftskrise, die aus dem Corona-Shutdown resultiert, die diesbezüglichen sozialen Ungleichheiten in der nahen Zukunft eher verschärfen, was dieses Vorhaben umso nötiger macht. Besonders Begegnungszentren im Quartier und mehr Engagement-Möglichkeiten dürften hier Abhilfe schaffen und werden von der AfD daher sehr befürwortet. Die AfD fordert in ihrem Kommunalwahlprogramm außerdem Bürgerforen und mehr direkte Demokratie, was dem Gedanken der Partizipation entgegenkommt und das Gemeinwesen stärkt.

Die Notwendigkeit eines besonderen Engagements für ältere Menschen mit Migrationshintergrund dahingehend, dass diese eine „muttersprachliche zugehende Ansprache“ benötigen würden, sehen wir jedoch nicht. Im Gegenteil: Dies würde aus unserer Sicht ein völlig falsches Signal setzen, da die damit einhergehende Botschaft lauten würde, dass das Beherrschen der deutschen Sprache nicht nötig sei, um in Deutschland politisch und gesellschaftlich partizipieren zu können, was wiederum den ohnehin schon zu geringen Integrationsdruck insgesamt schwächen würde. Wer in einer Gesellschaft demokratisch partizipieren möchte, erkennt selbst, dass es dann die erste Voraussetzung ist, deren

Sprache zu sprechen. Wer sich dieser Sprache hingegen (womöglich sogar nach vielen Jahren oder gar Jahrzehnten des Aufenthalts in Deutschland) verweigert, lässt keinen Willen zur Integration und damit auch keinen Willen zur Partizipation erkennen. Eine besondere Pflicht der Mehrheitsgesellschaft, die Betreffenden auch noch zu „bemuttern“, besteht nicht.

Zu Frage 3:

Grundsätzlich gilt, dass Altersarmut ein bundesweites Problem darstellt, welches letzten Endes und in umfassender Form auch nur durch bundespolitische Maßnahmen zu lösen ist. Wir haben es hier mit einem Phänomen zu tun, dass politischen Fehlern und Verantwortungslosigkeiten entspringt, die auf das Konto der über Jahrzehnte regierenden etablierten Parteien gehen.

Richtig ist aber auch, dass die Kommune ihren Teil dazu beitragen kann, die Auswirkungen dessen zumindest im Rahmen des ihrerseits Möglichen abzuschwächen. Einer der ersten Schritte dahingehend wäre in der Tat die Verbesserung der Informationslage dazu auf Basis qualitativer und quantitativer Sozialforschung. Den Vorschlägen des Seniorenrates dazu – Qualifizierung von ehrenamtlichen Experten (gendern muss man den Begriff aus unserer Sicht nicht...) für die Stellung von Grundsicherungsanträgen und mehr professionelle Beratung – stimmen wir zu. Die AfD steht auch in ihrem Kommunalwahlprogramm für die Bekämpfung von Altersarmut.

Zu Frage 4:

In der Tat ist Einsamkeit im Alter ein – zunehmendes – Problem, besonders in Stadtgesellschaften, die oft von Anonymität geprägt sind. Hier können z. B. die bereits oben genannten Begegnungsangebote Abhilfe schaffen, wobei dies voraussetzt, dass die Angebote auch wahrgenommen werden, was leider nicht immer selbstverständlich ist. Die Forderung des Seniorenrates, auch hier durch Erhebungen die Bedarfslagen zu erfassen und zudem über die Problematik aufzuklären, teilen wir.

Zu Frage 5:

Auch hier teilen wir die Forderungen des Seniorenrates weitestgehend: Eine finanzielle Unterstützung zur Verbesserung der Hausarztichte kann sinnvoll sein, ebenso wie eine bessere Versorgung mit Pflegeplätzen notwendig ist. Allerdings muss hier, speziell bei der Bereitstellung von Bauflächen, im jeweiligen Einzelfall sorgsam abgewogen werden, auch um Kollisionen mit nicht minder berechtigten Interessen zu vermeiden (exemplarisch: Pflegebedarf versus ökologische Erwägungen hinsichtlich der betreffenden potenziellen Baufläche). Der Aufbau einer Demenzberatung ist wünschenswert, ebenso wie Konzepte zur Betreuungssituation bei Krankenhausaufenthalten.

Zu Frage 6:

Dass die Bedürfnisse und Bedarfe mobilitätseingeschränkter Menschen – übrigens: egal welchen Alters – bei Fragen der Stadtentwicklung und der Mobilitätskonzepte stets mit zu bedenken sind, ist für uns eine Selbstverständlichkeit. In unserem Wahlprogramm setzen wir uns für mehr bauliche Barrierefreiheit in Bielefeld ein, was gerade auch (aber nicht nur) älteren Menschen zugutekommt. Da wir große infrastrukturelle Projekte direktdemokratisch entscheiden lassen möchten, wäre auch hier eine Partizipationsmöglichkeit aller gewährleistet.

Wir treten zudem für ein vergünstigtes Senienticket für den ÖPNV ein. Senioren im Alter von über 65 Jahren sollten diesen aus unserer Sicht umsonst nutzen dürfen.

Zu Frage 7:

Abseits der zutreffenden Diagnose und der berechtigten Forderungen des Seniorenrates hierzu stehen wir für Positionen ein, die wir in unserem Kommunalwahlprogramm wie folgt verdeutlicht haben:

„Bezahlbarer Wohnraum für alle Bürger

Wir wollen die Wohnungsnot bekämpfen. Es ist nicht hinnehmbar, dass Bürger mit kleinem Einkommen Warmmieten in Höhe von 30% und mehr ihres Nettoeinkommens zu entrichten haben. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass der soziale Wohnungsbau stärker gefördert wird, bevorzugen hierbei die Förderung von Genossenschaften und wollen damit die Beteiligungsmöglichkeiten aller Bürger ausbauen. Zugleich gilt es, die Benachteiligung von Deutschen am Wohnungsmarkt zu beenden: Der soziale Wohnungsbau darf nicht zur Unterbringung von Asylmigranten missbraucht werden – deutsche Staatsbürger haben Vorrang.“

„Multigenerationenhäuser für mehr Gemeinschaft zwischen Jung und Alt

Die AfD setzt sich zum Ziel, durch bezahlbaren Wohnraum junge Familien, Studenten und Senioren näher zusammenzubringen. Dies wirkt der Einsamkeit im Alter entgegen und lässt rüstigen Menschen durch Betreuung von Kindern und Hilfe bei Hausaufgaben sich weiterhin als wertvolle Mitglieder der Gemeinschaft begreifen. Ein weiterer Aspekt ist die Förderung von Respekt vor älteren Menschen und ihrer Lebensleistung, die jungen Menschen mit auf den Weg gegeben wird.“

Zu Frage 8:

Dazu sind wir bereit. Wir fordern in unserem Kommunalwahlprogramm mehr öffentliche WCs in der Innenstadt und befürworten dies auch mit Blick auf die Stadtbezirke und die Endstationen des ÖPNV.

Zu Frage 9:

Siehe zunächst Antwort zu Frage 6 (ÖPNV für Senioren).

Zur Verkehrswende zitieren wir erneut aus unserem Kommunalwahlprogramm:

„Für eine intelligente, zukunftsorientierte und digitale Verkehrsplanung

Wir fordern etwas, was bislang in unserer Stadt alles andere als selbstverständlich ist: Eine intelligente, zukunftsorientierte und digitale Verkehrsplanung – inklusive Monitoring und Evaluation der Auswirkungen der bisherigen Einzelmaßnahmen und des Fahrverhaltens. Nötig ist ein sorgfältiger Interessensausgleich zwischen Einzelhandel, Autofahrern, Passanten und den Erfordernissen des Stadtbilds. Das bisher vollständig vernachlässigte Park-and-Ride-System muss durch großzügige und kostengünstige Parkmöglichkeiten an den Endstationen der Stadtbahn ausgebaut werden, um die Attraktivität Bielefelds als Einkaufsstadt zu steigern. All dies setzt jedoch einen grundlegenden Neustart in der Verkehrsplanung seitens der Stadtverwaltung voraus, der nur mit der AfD zu haben ist.“

Zu Frage 10:

Hier wäre es zunächst geboten, dass der Seniorenrat selbst vorträgt, wo aus seiner Sicht Optimierungsbedarfe hinsichtlich seiner Einbindung in die Entscheidungsfindungsprozesse bestehen. Die AfD ist hier jederzeit zu einem ergebnisoffenen Dialog bereit.

Zu Frage 11:

Wir zitieren hier nochmal aus unserem Kommunalwahlprogramm:

„Mit altersgerechten Wohnkonzepten den Pflegenotstand lindern

In wenigen Jahren schlägt die demografische Falle doppelt zu. Immer mehr pflegebedürftigen Menschen stehen immer weniger ausgebildete Pfleger gegenüber. Die AfD fordert deshalb, das Konzept der häuslichen Pflege zu stärken und neue Wohnmodelle für ältere Bürger zu fördern. Es sind ausreichend altersgerechte Wohnmöglichkeiten zu schaffen. Nicht-gewinnorientierte, ambulante Pflegedienste sind auszubauen. Menschenwürdige Bedingungen in Alters- und Pflegeheimen sowie in Hospizen sind auch von kommunaler Seite aus zu gewährleisten.“

Zu Frage 12:

Ein weiterer Auszug aus unserem Kommunalwahlprogramm:

„Bessere Arbeitsbedingungen und leistungsgerechte Entlohnung für Pflege- und Krankenhauspersonal

Die AfD fordert, kommunale Kliniken zu einem Vorbild für die Wertschätzung der patientennahen Arbeit zu machen. Mit Konzepten für verbindliche Besetzungsschlüssel, fairen Löhnen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen die Kommunen bei den kommunalen Krankenhäusern ein Zeichen für eine moderne Gesundheitsvorsorge setzen.“

Zu Frage 13:

Wir zitieren erneut aus unserem Kommunalwahlprogramm:

„Aus der Corona-Krise lernen

Die Corona-Krise hat uns in diesem Jahr eindringlich vor Augen geführt, wie wichtig ein Gesundheitssystem ist, das für Epidemie- oder gar Pandemie-Fälle gut gerüstet ist. Auch die Kommune muss hier für ihre Kliniken und darüber hinaus vorsorgen: Desinfektionsmittel, Schutzkleidung und Atemschutzmasken, Beatmungsgeräte und Intensivstationen müssen in ausreichendem Maße – also: auch deutlich über den normalen Regelbedarf hinaus – zur Verfügung stehen, um die Bürger unserer Stadt auch im Krisenfall gut versorgen zu können. Wir müssen für den Ernstfall vorbereitet sein.“

Dies gehört für uns eigentlich zur zentralen Vorsorge, die ein jeder Staat und eine jede Kommune zu gewährleisten hat, um das Leben ihrer Bürger zu schützen. Dass dies anfangs nicht selbstverständlich war, ja dass sogar führende SPD-Politiker vor nicht allzu langer Zeit noch für die Schließung von Krankenhäusern eintraten, bewerten wir als unverantwortlich. Wären wir besser vorbereitet gewesen, wäre so manche restriktive Corona-Maßnahme vermeidbar gewesen.